

SCHLAGLICHTER 2015

Januar: Nach vier Jahren Krieg ist die **Hälfte der Bevölkerung Syriens zu Flüchtlingen** geworden. Ab Jahresbeginn kürzt das World Food Programme die Hilfe für 1,5 Millionen Flüchtlinge in Jordanien, Libanon, Türkei, Irak und Ägypten um bis zu 50 %. Weil die internationale Hilfe nicht ausreicht, schließt der Libanon seine Grenze für Flüchtlinge.

Im **Februar** macht der **Tod von mehr als 300 Flüchtlingen** vor Lampedusa Schlagzeilen. Im Herbst zuvor ist die italienische Seenotrettung »Mare Nostrum« beendet worden. Die EU-Nachfolgeoperation »Triton« ist nicht auf Rettung angelegt und operiert nur in Küstennähe.

Im **April** sterben **binnen weniger Tage über 1.300 Flüchtlinge** auf dem Weg über das zentrale Mittelmeer.

Auf dem EU-Sondergipfel am 23. April beschließen die Staats- und Regierungschefs Maßnahmen zur **Schlepperbekämpfung und Fluchtverhinderung**.

Der **Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft** in Tröglitz schreckt die Öffentlichkeit auf. Es ist der dritte im laufenden Jahr. Im Jahresverlauf kommt es immer häufiger zu Anschlägen und Gewalt gegen Asylsuchende.

Pegida Dresden beschäftigt wochenlang Politik und Medien mit Parolen gegen Flüchtlinge, »Ausländer« und den Islam. **Die politische Stimmung beginnt sich aufzuheizen.**

In **Afghanistan starten die Taliban ihre Frühjahrsoffensive**. Tausende Menschen werden durch Kämpfe in der Provinz Kundus zur Flucht gezwungen. Die Provinzregierung im Norden spricht von der »schlimmsten Situation seit 2002«.



Flüchtlingscamp Suruc / Türkei:
Ein syrisches Mädchen wäscht Geschirr ab.
© UNHCR / Ivor Prickett



Vollbrand einer geplanten Flüchtlingsunterkunft
im August in Unterweissach / Rems-Murr-Kreis.
© picture alliance / Benjamin Beytekin



Vor Lesbos: Flüchtlinge kämpfen sich an Land
© UNHCR / Ivor Prickett



Geflüchtete Frau in Budapest
© Bence Járdány

Im **Mai** erreichen fast 40.000 Flüchtlinge Deutschland, darunter vermehrt syrische und afghanische Flüchtlinge.

Auf den griechischen Inseln kommen täglich mehrere tausend Flüchtlinge an und stranden dort, ohne Unterkunft, ohne sanitäre Einrichtungen, ohne Verpflegung und ohne medizinische Versorgung. Der Zuzug hält monatelang an. Ab August spricht UNHCR von einer humanitären Krise.

Als Notfallmaßnahme will die EU-Kommission 40.000 Schutzsuchende aus Griechenland und Italien in andere EU-Staaten umsiedeln. Polen, Ungarn, Dänemark, Frankreich, Großbritannien u.a. lehnen den Vorschlag ab. Im **Juni** entscheidet eine Mehrheit für die Umsiedlung innerhalb von zwei Jahren – verbindliche Quoten gibt es jedoch nicht.

Im **Juni** beginnt auch die erste Stufe der EU-Operation »EUNAVFOR Med«, die im Mittelmeer sowie später auch an der Küste Libyens **mit militärischen Mitteln gegen »Netzwerke von Menschenmugglern«** vorgehen soll.

Deutschland: Beim Flüchtlingsgipfel am 11. Juni verdoppelt der Bund die Pauschalhilfe für die Länder auf eine Milliarde. Bund und Länder beschließen für Gruppen mit einer »relativ hohen Anzahl von Asylsuchenden bei zugleich besonders niedriger Schutzquote« – gemeint sind Balkanflüchtlinge – Maßnahmen der **Desintegration, Isolation in Großunterkünften und zeitnahe Abschiebungen**.

Anfang **Juli** beschließt der Bundestag das »**Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung**«. Es enthält eine lange geforderte Bleiberechtsregelung für Geduldete, aber auch Möglichkeiten zur exzessiven Ausweitung der Abschiebungshaft.

Als Reaktion auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen **beginnt Ungarn, seine 175 km lange Grenze zu Serbien mit einem vier Meter hohen Stacheldrahtzaun abzuriegeln.** Das Land verschärft die Asylgesetze und verweigert die Rücknahme von Flüchtlingen im Dublin-Verfahren. Im ganzen Land lässt die Regierungspartei Fidesz ausländerfeindliche Parolen plakatieren.

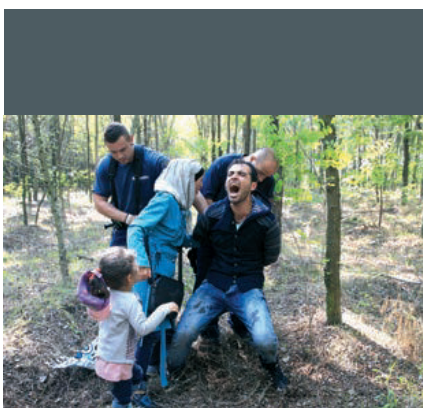
Im **August** appelliert das **World Food Programme** erneut an die Staaten, mehr Geld für die syrischen Flüchtlinge bereit zu stellen. Familien würden sich hoch verschulden, weniger essen und ihre Kinder aus der Schule nehmen, um sie arbeiten zu lassen.

Aus **Mazedonien** wird berichtet, dass **Flüchtlinge Opfer von schwerer Gewalt durch Polizei und kriminelle Banden** werden. Das Land ruft den Ausnahmezustand aus und schließt eine Zeit lang die Grenze zu Griechenland. Die Polizei geht an der Grenze mit Blendgranaten und Tränengas gegen Flüchtlinge vor.

Ungarn hindert Flüchtlinge an der Weiterreise nach Österreich und Deutschland. Eine ganze Woche harren Flüchtlinge im Keleti-Bahnhof in Budapest aus. Dann machen sich Hunderte zu Fuß über die Autobahn auf den Weg Richtung Österreich.

In Deutschland erhöht der Innenminister die Prognose für die Zahl der Asylsuchenden 2015 auf 800.000. Auf ihrer Sommerpressekonferenz setzt Bundeskanzlerin Merkel ein nachhallendes Signal für die Flüchtlingsaufnahme: **»Wir schaffen das.«** In der Nacht auf den 5. **September** entscheidet sie, die in Ungarn festsitzenden Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen.

Am **Münchener Hauptbahnhof** versorgen Hunderte Ehrenamtliche ankommende Flüchtlinge mit dem Nötigsten. Zehntausende kommen binnen weniger Tage. Bilder eines menschenfreundlichen Deutschlands gehen um die Welt. Sie rufen die Hoffnungen der Verzweifelten hervor – und zynische Reaktionen anderer EU-Staaten.



Die ungarische Polizei verhaftet eine syrische Familie hinter der Grenze
© Reuters / Bernadett Szabo



Flüchtlinge sitzen im Budapester Bahnhof fest
© Bence Járdány



Auf dem Weg Richtung Österreich
© picture alliance



Im Frankfurter Hauptbahnhof werden Flüchtlinge empfangen
© picture alliance

CSU-Chef Seehofer polemisiert gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und führt einen monatelangen Streit um eine angeblich notwendige **»Obergrenze«**. Die Stimmung wird zusehends feindlich, die überwältigende Hilfsbereitschaft jedoch hält landesweit an.

Die Medien kennen wochenlang nur ein Thema. **In sämtlichen Talkshows wird fast ausnahmslos über die »Flüchtlingskrise« diskutiert.** Der immer offener Hass und die steigende Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte werden nicht thematisiert.

Dänemark stoppt zeitweise den Zugverkehr mit Deutschland. **Frankreich** lehnt Verhandlungen mit Deutschland über eine Aufteilung der Flüchtlinge ab. **Österreich** winkt Flüchtlinge nach Deutschland durch. **Italien** und **Dänemark** führen Grenzkontrollen ein.

Mitte September vollzieht die Bundesregierung die Wende: Deutschland führt Kontrollen an der Grenze zu Österreich ein. Danach wird das Schengen-Recht auch in **Österreich, der Slowakei, Tschechien, Polen und den Niederlanden** faktisch außer Kraft gesetzt.

Ungarn will auch die Grenze zu Kroatien und Rumänien abriegeln. Flüchtlingen, die den ungarisch-serbischen Grenzzaun überwinden, droht Gefängnis. Sie werden **mit Tränengas und Wasserwerfern** beschossen.

Der Weg der Flüchtlinge führt nun über Kroatien. Dort und in Slowenien erhalten sie oft **weder ein Dach über dem Kopf noch Nahrung** und werden immer wieder tagelang von der Polizei festgehalten.

Die Innenminister der EU-Staaten beschließen eine weitere Notaufnahme von Flüchtlingen – gegen die Stimmen Ungarns, Tschechiens, der Slowakei und Rumäniens. Flüchtlinge sollen in sogenannten **»Hotspots«** in **Griechenland** und **Italien** festgesetzt, **120.000 von ihnen weiter in die EU-Länder verteilt** werden. Die Zahl der Flüchtlinge in Griechenland beläuft sich unterdessen auf knapp 350.000, in Italien auf 128.000.

Auf dem Bund-Länder-Gipfel am 25.9. wird das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (**»Asylpaket I«**) verabschiedet. Es umfasst **Rechtseinschränkungen, die Definition einiger Westbalkanstaaten als »sichere Herkunftsländer«** und **erhebliche soziale Erschwernisse** für Flüchtlinge. Schon vier Wochen später tritt das mit heißer Nadel gestrickte Gesetz in Kraft.

Im **Oktober** ist die **grüne Grenze Ungarns nach Kroatien dicht**. Flüchtlinge müssen von Kroatien aus nach Slowenien ausweichen: Dort wartet das slowenische Militär. **Auch Slowenien, Österreich und Mazedonien bauen jetzt Grenzzäune**. Die griechisch-mazedonische Grenze wird polizeilich abgeriegelt, Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak dürfen noch durchreisen, andere Schutzsuchende nicht.

Die EU bereitet **mit der Türkei einen historischen und schmutzigen Deal vor**: Für drei Milliarden Euro soll die Türkei die Grenzen abriegeln und Flüchtlinge aus Griechenland wieder zurücknehmen. Im Gegenzug will Europa einzeln ausgesuchte syrische Flüchtlinge aus der Türkei legal aufnehmen. Am 18. März 2016 kommt es zur Einigung.

Auf Lesbos wird der größte europäische **»Hotspot« Moria eröffnet**. Hunderte Schutzsuchende warten tagelang bei Wind und Wetter auf ihre Registrierung. Es gibt weder ausreichend Unterkünfte noch eine geregelte Essensversorgung oder ausreichende medizinische Hilfe.

Bundesinnenminister de Maizière will **Abschiebungen nach Afghanistan forcieren** und plant die **Herabstufung des Schutzstatus für syrische Flüchtlinge**, um deren Familiennachzugsrecht zu beschneiden.

Ab Anfang **November** wird das Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren (**»Asylpaket II«**) verhandelt. Im März 2016 wird es beschlossen. Das zweite Asylpaket stoppt den Familiennachzug für subsidiär Geschützte und forciert die Abschiebung von Kranken.



Die mazedonische Armee errichtet einen Grenz-
zaun in der Nähe von Idomeni / Griechenland
© UNHCR / Daniel Etter



Idomeni: Flüchtlinge vor der geschlossenen
Grenze. © Chrissi Wilkens



Im »Hotspot« Moria herrschen katastrophale
Bedingungen. © RSPA / Salinia Stroux



Lesbos, Februar 2016
© Björn Kietzmann

Wegen steigender Einreisezahlen **plant die norwegische Regierung ein Notstandsgesetz**, mit dem Flüchtlinge nach Russland zurückgeschoben werden können. **Dänemark** verschärft die Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge. **Schweden** führt vorübergehend Grenzkontrollen ein, betroffene Flüchtlinge bleiben in Dänemark und Norddeutschland hängen.

Zum **Jahresende** sind aus den Hotspots in Griechenland und Italien statt der angestrebten 40.000 bzw. 120.000 Menschen tatsächlich **gerade einmal 272 Menschen umgesiedelt** worden.

Über die Seeroute kamen im Jahr 2015 rund 1 Million Flüchtlinge in Europa an. Mindestens **3.771 Menschen starben** bei der Überfahrt.

In Deutschland wurden **1.072 Straftaten** an Flüchtlingsunterkünften gezählt, davon **136 Brandanschläge**. Bei 183 Übergriffen wurden **267 Flüchtlinge verletzt**.

2016

Im **Februar** sitzen in Idomeni an der geschlossenen griechisch-mazedonischen Grenze **Tausende Flüchtlinge wochenlang im Schlamm** fest.

Am 9. **März** 2016 ist die Transitroute über den Balkan **komplett geschlossen**.

Gemäß **EU-Türkei-Abkommen** werden am 4. **April** die ersten 202 Menschen aus Griechenland mit Polizeigewalt in die Türkei zurückgebracht. Deutschland nimmt 32 ausgewählte syrische Flüchtlinge aus der Türkei auf.

Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine **Flüchtlingsunterkunft angezündet**.

Mitte April **sterben** bei einem Bootsunglück **bis zu 500 Menschen** auf der Hochseeroute von Ägypten nach Europa.

Mehr Schlaglichter, alle Quellen und Links unter www.proasyl.de/schlaglichter2015